



Polen - Pressespiegel 5/2026 vom 29.01.2026

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Europa hat einige sehr starke Trümpfe in der Hand. Vielleicht versteht Trump das einfach nicht
- Mercosur ohne Angst. Woher kommen die Sorgen der polnischen Landbevölkerung wirklich?
- Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten vor dem EuGH. Das Europäische Parlament hat beschlossen, die Klage zu unterstützen
- Ein wichtiger Kohlekonzern steht vor dem Aus. Letzte Gespräche mit den Bergarbeitergewerkschaften laufen
- Marcin Matczak: Von der Ukraine unterscheidet uns etwas Wichtigeres als die geopolitische Lage und die militärische Stärke
- Polen wird neue Bündnisse schmieden. „Es wird eine NATO innerhalb der NATO geschaffen, nur für alle Fälle.“

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Europa hat einige sehr starke Trümpfe in der Hand. Vielleicht versteht Trump das einfach nicht



Quelle: [REUTERS/Alexander Drago](#)

Von **Mateusz Mazzini**

Die EU wird, gemessen an ihrer militärischen Stärke, niemals zu einer geopolitischen Macht werden. Sie könnte aber das Fundament einer neuen Weltordnung bilden, die die Vereinigten Staaten mit ihrer schieren Masse überwältigen würde.

Wo bleibt der globale Widerstand gegen Trump? Diese rhetorische Frage stellte der türkische Ökonom Dani Rodrik, Dozent an der Harvard-Universität, im vergangenen August im Portal Project Syndicate. Damals konnte man tatsächlich den Eindruck gewinnen, dass es dem amerikanischen Präsidenten gelungen war, den globalen politischen Zyklus vollständig zu dominieren. Die Nachkriegsordnung, die schon seit einiger Zeit brüchig war, wurde von ihm endgültig negiert.

Trump gestaltete die Weltwirtschaft um, ignorierte die Regeln der Diplomatie und stellte die beständigsten Bündnisse infrage – und alle beugten sich ihm, zumindest anfangs. Aus Angst, aus pragmatischen wirtschaftlichen Kalkulationen, aus Naivität. Ungeachtet der Gründe schien der Effekt derselbe zu sein: Der amerikanische Präsident erreichte, was immer er wollte, und bereicherte sich und seine Familie dabei. Als er also im April gegenüber Ashley Parker und Michael Sherer vom Magazin „The Atlantic“ erklärte, er habe nun zwei Aufgaben: sein Land und die ganze Welt zu regieren, war es schwer, dieser Aussage zu widersprechen.

Doch zwischen August und Januar verging viel Zeit. Heute muss selbst Trump feststellen, dass – um Eliot Cohen, Diplomat und Dozent an der Johns Hopkins University, zu zitieren – die Schwerkraft in der Politik unaufhörlich wirkt. Und dass sie irgendwann sogar einen amerikanischen Präsidenten zu Fall bringen kann.

Der Fall Brasilien oder Wie man sich Trump entgegenstellt

Im Jahr 2025 war Europa ein häufiges Ziel von Trumps Angriffen. Und es betraf nicht nur die Europäische Union. Trump verhängte Zölle von 39 Prozent auf die Schweiz. Auch Großbritannien und Norwegen wurden mit Zöllen belegt, weil sie – wenn auch nur symbolisch – eine Militärdelegation nach Grönland entsandt hatten. Die EU selbst, in der 54 Prozent des gesamten internationalen Handels über den Binnenmarkt abgewickelt werden, erlitt eine strategische und reputationsbezogene Niederlage, indem sie einseitigen Strafzöllen der USA in Höhe von 15 Prozent zustimmte. Gleichzeitig verschonte Trump niemanden, indem er weltweit wahllos Zölle verhängte und seinen westlichen Nachbarn zusätzlich mit militärischer Intervention, Annexion, dem Sturz demokratisch gewählter Regierungen oder der Konfiszierung von Bodenschätzen drohte.

Gleichzeitig traten Länder in Erscheinung, die den Mut hatten, „Stopp!“ zu rufen und damit zu beweisen, dass heute fast jedes Land in fast jedem politischen Bereich Alternativen bietet. Man denke nur an Brasilien, das im Mai aus rein ideologischen Gründen Trumps Hauptfeind war. Der Prozess gegen Jair Bolsonaro, ehemaligen Präsidenten und Verbündeten der MAGA-Bewegung, hatte begonnen, und er hoffte inständig auf Unterstützung aus dem Weißen Haus. Daraufhin wurden gegen Brasilien 50-prozentige Zölle auf Lebensmittel und Stahl verhängt, obwohl die USA einen positiven Handelsbilanzüberschuss mit dem Land aufwiesen. Washington drohte mit einer Einmischung in die Präsidentschaftswahlen, und dem Obersten Richter Alexandre de Moraes, dem Urheber der Klage gegen Bolsonaro, wurde die Einreise in die USA verweigert.

Etwas mehr als sechs Monate sind vergangen, seit Trump seine Offensive gegen Brasilien begann. Bolsonaro sitzt in Haft, weil er versucht hat, seine elektronische Fußfessel zu entfernen. Trump hat sich seit Langem nicht mehr zu Brasilien geäußert, und die Zölle wurden aufgehoben, da sich die Preiserhöhung von über 100 Prozent für Kaffee innerhalb von drei Wochen als Fehler erwiesen hatte. Der langjährige globale Sozialist Lula da Silva stärkt die Handelsbeziehungen zu China und hat laut Umfragen gute Chancen, den ersten Wahlgang der diesjährigen Präsidentschaftswahlen zu gewinnen.

Trump hat Europa an die Mauer gestellt

Es gibt unzählige weitere Beispiele dieser Art. Die südafrikanischen Behörden, unbeeindruckt von Trumps Erpressung, wollen Benjamin Netanjahu weiterhin wegen Kriegsverbrechen im Gazastreifen anklagen. Indonesien, Malaysia und die Philippinen haben den GrokAI-Bot auf der X-Plattform gesperrt, weil er die Erstellung sexuell expliziter Grafiken ermöglichte. Selbst linke Staatschefs von Ländern, die mit Drogenhandel zu kämpfen haben, wie Gustavo Petro aus Kolumbien und Claudia Sheinbaum aus Mexiko, haben Abkommen mit Trump geschlossen. Natürlich könnten diese Länder jederzeit wieder ins Visier des Weißen Hauses geraten, doch im Moment zeigen sie, dass man Trump und den Technofaschisten in seinem Umfeld wirksam entgegentreten kann.

Europa schließt sich langsam aber sicher dieser Gruppe an. Möglicherweise hat Trump mit der Drohung, Grönland zu annektieren, und dem absurden Brief an den norwegischen Ministerpräsidenten, in dem er dessen Nichterhalt des Friedensnobelpreises beklagte, eine rote Linie überschritten und damit eine langfristige Katastrophe für die Vereinigten Staaten ausgelöst. Solche Drohungen sind in Europa nicht hinnehmbar, da den meisten Staats- und Regierungschefs bewusst ist, dass sie das Ende jeglicher Souveränität bedeuten würden, einschließlich der nationalen Souveränität, ja sogar der Souveränität europäischer Hauptstädte.

Infolgedessen hat der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, bereits angekündigt, die Zustimmung der EU zu zollfreien Importen aus den USA auszusetzen. Der französische Präsident Emmanuel Macron sucht Verbündete, um das EU-Antizwangsinstrument zu aktivieren, für dessen Anwendung eine qualifizierte Mehrheit, nicht aber Einstimmigkeit erforderlich ist. Der deutsche

Finanzminister Lars Klingbeil hat seine Solidarität mit Frankreich bekundet, und Trump wurde selbst von seiner treuen Verbündeten Giorgia Meloni, dem Vorsitzenden der französischen Rechtsextremen, Jordan Bardella, sowie den britischen Euroskeptikern Nigel Farage und Robert Jenrick von Reform UK kritisiert.

Zum ersten Mal seit Beginn von Trumps zweiter Amtszeit scheint eine europäische Reaktion unausweichlich – und sie könnte für die Amerikaner schmerzhaft sein. Dazu gehören Zölle auf amerikanische Produkte im Wert von 93 Milliarden Euro, weitere Strafen für amerikanische Technologieunternehmen und sogar die Aussetzung von Datentransfers aus Europa, was die KI-Revolution in den USA erheblich behindern würde. Schließlich ist eine Europäisierung der NATO möglich, nicht durch ein einzelnes Land, sondern durch mehrere, wahrscheinlich die sogenannten P5 – Italien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen.

Europa beginnt, global mitzuspielen

Die größte Veränderung, an die bis jetzt wohl niemand geglaubt hat, ist die Öffnung Europas zur übrigen Welt. Die Unterzeichnung eines Handelsabkommens mit Mercosur nach einem Vierteljahrhundert ist ein dringend notwendiger Schritt in die richtige Richtung, von dem die europäischen Volkswirtschaften profitieren werden. Am 26. Januar reist EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach Indien – ein weiteres Land, das von Trump hart angegangen wurde –, wo sie am Tag der Republik, dem Verfassungsfeiertag des Landes, Ehrengast sein wird. Angesichts dieser Entwicklungen waren das jüngste Treffen der Staats- und Regierungschefs des Weimarer Dreiecks in Paris mit dem indischen Außenminister Subrahmanya Jaishankar sowie der Gegenbesuch Radosław Sikorskis in Indien, der am Montag endete, sehr positive Entwicklungen für Polen.

Die Verhandlungen über das EU-Handelsabkommen mit Indonesien sind ebenfalls weit fortgeschritten. In den kommenden Tagen werden der britische Premierminister Keir Starmer und Bundeskanzler Friedrich Merz offizielle Besuche in China abstatten. Angesichts der Drohungen Trumps ist es möglich, dass sie Pekings Handelsvorschlägen gegenüber aufgeschlossener sein werden. Hinzu kommt, dass der kanadische Premierminister Mark Carney gerade erst aus China zurückgekehrt ist und den kanadischen Markt, der zuvor von amerikanischen Autos dominiert worden war, für chinesische Elektrofahrzeuge geöffnet hat. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Welt langsam den Schock von Trumps verheerender Wut überwindet. Eine Trennung von Amerika ist nicht in jeder Hinsicht sofort möglich. Vor allem nicht in Sicherheitsfragen. In vielen anderen Bereichen vollzieht sie sich jedoch bereits.

Als der amerikanische Präsident seine zweite Amtszeit antrat, erklärte Claudia Sheinbaum, sie könne zwar eine Mauer an der Südgrenze bauen, auf deren amerikanischer Seite 340 Millionen Menschen lebten. Doch auf der anderen Seite des Zauns befänden sich 7,5 Milliarden weitere Menschen, die Amerika sehr feindlich gesinnt seien. All diese Menschen hätten ein berechtigtes Interesse am Fortbestand einer regelbasierten Weltordnung – wobei diese Regeln natürlich anders sein müssten als die Nachkriegsregeln, die für viele im globalen Süden inakzeptabel seien.

Anand Menon, ein britischer Politikwissenschaftler am King's College London, schrieb letztes Jahr im Guardian, dass Europa niemals eine geopolitische Macht sein wird, die allein auf militärischer Stärke beruht – denn seine Institutionen wurden geschaffen, um Macht und Handlungsfähigkeit zu verteilen, nicht um sie zu konzentrieren. Dies war der Zeitgeist der Nachkriegszeit und das Ziel der Gründerväter der Europäischen Union. Militärische Stärke ist jedoch nicht alles; Politik spielt sich auch anderswo ab. Europa verfügt über immense Ressourcen in allen Bereichen, was Trump vermutlich nicht weiß oder versteht.

Und das ist gut so. Wie Professorin Veronica Anghel, Politikwissenschaftlerin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, kürzlich feststellte, konzentrieren sich die Amerikaner darauf, unsere Kugeln zu zählen – was bedeuten könnte, dass sie die europäische Bombe übersehen.

Zsfg.: JP



sklep.mleczko.pl

Die Antwort auf diese Frage finden Sie auf meinem TikTok-Konto.

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Mercosur ohne Angst. Woher kommen die Sorgen der polnischen Landbevölkerung wirklich?



Quelle: [Dawid Zuchowicz](#) / [Agencja Wyborcza](#)

Von **Sławomir Kalinowski** und **Magdalena Matusiak-Frączak**

Zu Beginn sagen wir es klar: Die Landwirte protestieren nicht, weil sie „Mercosur nicht verstehen“. Sie protestieren, weil sie in einer Realität leben, in der viele frühere Veränderungen, energetische, regulatorische, marktbezogene, die Kosten auf sie abgewälzt haben, und die Reaktion der Institutionen oft verspätet war. In einem solchen Kontext wird jedes neue Handelsabkommen zum Träger von Unruhe. Schon frühere große Handelsabkommen der EU waren Gegenstand zahlreicher Proteste. Erwähnenswert ist hier das Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA). In Deutschland wurde gegen dieses Abkommen sogar eine Sammelklage eingereicht. Dieses Abkommen trat bereits vorläufig im Bereich des Waren- und Dienstleistungshandels in Kraft, was die Abschaffung der meisten Zölle beinhaltete (seit 2017). Für das vollständige Inkrafttreten ist die Ratifizierung aller EU-Mitgliedstaaten erforderlich, die bis heute nicht erfolgt ist. Dennoch gilt das Abkommen in seinem wichtigsten Teil, dem Handel, und es führte nicht zum Zusammenbruch irgendeines Segments des EU-Marktes, und die Proteste, die es gab, verstummten einfach. Das ist eine wichtige Lektion: In Handelsstreitigkeiten überholt die öffentliche Debatte oft die Fakten. Zuerst entsteht die Erzählung von der „Flut des Marktes“, erst später, wenn der Markt innerhalb der Grenzen und Standards funktioniert, klingen die Emotionen ab und das Thema verschwindet von der Agenda.

Mercosur ist kein „Agrarabkommen“, sondern ein umfassendes Wirtschaftsabkommen

Wenn wir von „Mercosur“ sprechen, meinen wir in Wirklichkeit zwei Abkommen. Langfristig geht es um das Partnerschaftsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten (EMPA). Dieses Abkommen muss von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Angesichts der derzeit fehlenden Zustimmung aller Staaten, darunter auch Polen, ist sein Inkrafttreten eine Frage einer fernen und kaum vorhersehbaren Zukunft. Derzeit wird daher ein zeitlich begrenztes Handelsabkommen zwischen der EU und Mercosur (iTA) behandelt. Gemäß Artikel 218 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union hat der EU-Rat (bestehend aus den Ministern der Mitgliedstaaten) die Europäische Kommission mit den Verhandlungen über dieses Abkommen beauftragt. Der Text ist ausgehandelt, er hat die Zustimmung des EU-Rates zur Ratifizierung erhalten, nun fehlt noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Der erste und zugleich häufigste Fehler in der öffentlichen Debatte besteht darin, das EU-Mercosur-Abkommen ausschließlich auf die Landwirtschaft zu reduzieren. Aus Sicht der Europäischen Union, und auch Polens, handelt es sich in erster Linie um ein Abkommen über den industriellen Handel, den Dienstleistungshandel, Investitionen sowie die Regeln für den Marktzugang. Die Landwirtschaft ist lediglich ein Teil eines größeren Ganzen. Dennoch dominiert ausgerechnet jener Sektor, der im Vertragstext nur einen vergleichsweise kleinen Raum einnimmt, vollständig die gesellschaftliche Wahrnehmung des Abkommens.

Beschränkungen des freien Handels

In dem Abkommen geht es um die Schaffung einer Freihandelszone nur in begrenztem Umfang. Es geht nicht um die vollständige Abschaffung von Zöllen und Zollkontingenten. Gerade im Bereich landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind sehr niedrige Kontingente vorgesehen (das heißt, nur vergleichsweise geringe Mengen an Agrarprodukten aus den Mercosur-Staaten dürfen in die EU eingeführt werden); darüber hinausgehende Importe unterliegen hohen Zöllen. Der Kern des Abkommens betrifft den Abbau von Zöllen auf Maschinen, Verkehrsmittel, chemische Erzeugnisse, Pharmazeutika und verarbeitete Produkte, die Liberalisierung des Dienstleistungshandels und der Regeln für unternehmerische Tätigkeit, Erleichterungen beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen, den Schutz des geistigen Eigentums (einschließlich geografischer Angaben) sowie Rahmenbedingungen für regulatorische Zusammenarbeit und Mechanismen zur Streitbeilegung. Im Hintergrund steht zudem die Frage der Diversifizierung von Absatzmärkten und Rohstoffen, was unter den aktuellen geopolitischen Rahmenbedingungen von strategischer Bedeutung ist. Das Abkommen mit Mercosur wird 91 % der Zölle abschaffen, mit denen die Mercosur-Staaten derzeit Waren aus der EU belegen. Das ist eine sehr positive Nachricht für europäische Unternehmen, und auch für Landwirte, da sie ihre Absatzmärkte ausweiten können. Im Gegenzug wird das Abkommen die Zölle auf 92 % der Waren aus den Mercosur-Staaten abschaffen. Das ist wiederum eine gute Nachricht für die europäischen Verbraucher, die Zugang zu vergleichsweise günstigeren Produkten erhalten werden. Dabei erfolgt der Zollabbau schrittweise über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Die Landwirtschaft ist zum zentralen Thema der Debatte nicht deshalb geworden, weil sie den Hauptgegenstand des Abkommens darstellt, sondern weil sie der gesellschaftlich sensibelste Sektor ist. Hier sind die Auswirkungen von Veränderungen am schnellsten spürbar, und die Sicherheitsmargen sind am geringsten. Das bedeutet jedoch nicht, dass die gesamte Konstruktion des Abkommens der Liberalisierung der Landwirtschaft untergeordnet wurde. (...)

Mercosur ist bereits ein wichtiger Handelspartner

Mercosur stellt für die Europäische Union eine bedeutende Handelschance dar, da es für unsere Unternehmen einen großen Absatzmarkt bietet (rund 280 Millionen Verbraucher). Von diesem Handel profitieren nicht nur große Akteure, sondern auch kleine Unternehmen aus der EU (etwa 30.000 kleine EU-Firmen exportieren in die Mercosur-Staaten). Der Wert des Warenhandels zwischen der EU und Mercosur beläuft sich derzeit auf 111 Milliarden Euro, und die Europäische Union ist zugleich der größte Investor in den Mercosur-Staaten. Zudem weist die EU einen positiven Handelsbilanzüberschuss im Dienstleistungshandel auf (der Export von Dienstleistungen aus der EU belief sich 2024 auf 28,5 Mrd. Euro, während die Importe lediglich 13,1 Mrd. Euro betrugen). Zu den Unternehmen, die nach Mercosur exportieren und dort investieren, zählen selbstverständlich auch polnische Firmen. Der Mercosur-Markt kann sogar eine Chance für polnische Landwirte sein: So wie Landwirte aus den Mercosur-Staaten in die

EU exportieren können, werden auch Landwirte aus der EU, darunter polnische, ihre Produkte nach Mercosur ausführen können. Das Beispiel der Vereinigten Staaten, Donald Trumps und seiner Zollpolitik zeigt deutlich, dass es im Welthandel notwendig ist, Absatzmärkte zu diversifizieren. Auf diese Weise führt ein einzelner unzuverlässiger Partner nicht dazu, dass der gesamte EU-Export in eine Krise gerät, da die Exporteure auf andere Regionen ausweichen können. Die Mercosur-Staaten sind noch aus einem weiteren Grund von Bedeutung. Derzeit ist die EU stark vom Import Seltener Erden aus China abhängig (rund 90 % der von der EU importierten Seltenen Erden stammen aus der Volksrepublik China). Diese Metalle sind von zentraler Bedeutung für die Produktion moderner Technologien. Das Abkommen mit Mercosur garantiert der EU den Zugang zu in den Mercosur-Staaten geförderten Seltenen Erden und ermöglicht es so, die Abhängigkeit der Union von China in diesem sensiblen Bereich der Wirtschaft zu verringern.

Liberalisierung in der Landwirtschaft: präzise Limits statt eines offenen Marktes

Ein zweites, zentrales Element, das einer ruhigen Erklärung bedarf, ist die Art und Weise, wie Mercosur den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen regelt. Wir haben bereits gesagt, dass die präferenziellen Handelsbedingungen gemäß dem Abkommen nur für eine bestimmte Menge an Waren gelten. Sobald diese Menge überschritten wird, gelten wieder die regulären, oft sehr hohen Zölle. Dieser Mechanismus ist von grundlegender Bedeutung, weil er einen abrupten, unkontrollierten Zustrom von Waren verhindert. Der Markt reagiert nicht sprunghaft, sondern innerhalb klar definierter Schwellenwerte. Zusätzlich werden die Kontingente schrittweise eingeführt und über mehrere Jahre verteilt, sodass sich der Markt ohne plötzliche Erschütterungen anpassen kann.

Wie sehen diese Kontingente aus? Wir können das am Beispiel von Rindfleisch erklären

In die EU darf Rindfleisch zu einem ermäßigten Zollsatz von 7,5 % importiert werden – und zwar in den folgenden Mengen (Gesamtangaben für frisches und gefrorenes Rindfleisch): Im Jahr der Unterzeichnung des Abkommens mit Mercosur darf Rindfleisch zu einem Zollsatz von 7,5 % in einer Menge von bis zu 16,5 Tausend Tonnen in die EU eingeführt werden. Die EU-Produktion beträgt hingegen 6.500 Tausend Tonnen, das heißt: Zu Beginn der Geltung des Abkommens würde der Import aus Mercosur 0,25 % der EU-Produktion entsprechen. Diese Menge kann über einen Zeitraum von fünf Jahren schrittweise ansteigen, bis sie schließlich 99.000 Tonnen erreicht, was 1,5 % der EU-Produktion entspricht. Bei diesen Werten ist der Einfluss des Mercosur-Imports auf den Rindfleischmarkt in der EU vernachlässigbar. Rechnet man zudem die Möglichkeit hinzu, dass die EU Schutzmaßnahmen ergreifen kann, ergibt sich, dass der Import möglicherweise sogar keinen spürbaren Einfluss haben wird. (...)

Sicherungsmechanismen

Selbst bei vollständiger Ausschöpfung der Kontingente dominieren die EU-Produzenten den Markt eindeutig und bestimmen dessen Rahmenbedingungen. Gleichzeitig soll das Abkommen landwirtschaftliche Produkte aus der Europäischen Union schützen, unter anderem vor billigen Imitationen in den Mercosur-Staaten. Dieser Schutz umfasst fast 350 verschiedene geschützte Produkte, was die Position ihrer Hersteller auf dem Mercosur-Markt stärken wird. Das Abkommen wird den Handel zudem stabilisieren, da es einen regulierenden und ordnenden Charakter hat. Das Mercosur-Abkommen sieht auch weitere Sicherheitsklauseln vor (Art. 9.3 des Abkommens). Die Union kann in außergewöhnlichen Umständen bilaterale Schutzmaßnahmen ergreifen, wenn der Import zu präferenziellen Bedingungen in solchen Mengen gestiegen ist, absolut oder relativ zur nationalen Produktion oder zum Konsum, und dies unter Bedingungen geschieht, die eine erhebliche Schädigung ihrer heimischen Industrie ähnlicher oder direkt konkurrierender Produkte verursacht oder zu verursachen droht. Diese Maßnahmen können darin bestehen, den Import der betreffenden Ware vollständig auszusetzen oder die Zollpräferenzen zu reduzieren (Art. 9.6 des Abkommens). Es handelt sich also nicht um bloß deklarative Regelungen, sondern um Instrumente, die bereits in anderen Handelsabkommen der EU tatsächlich angewendet wurden.

Importvolumen: Was heute bereits auf dem EU-Markt ist

Die Diskussion um Mercosur ignoriert häufig ein zentrales Element: Der Handel mit den Mercosur-Staaten existiert bereits. Agrarprodukte aus Brasilien, Argentinien, Paraguay oder Uruguay gelangen seit Jahren

auf den Markt der Europäischen Union. Das Abkommen schafft diesen Handel nicht von Grund auf, sondern verändert die Bedingungen seiner Durchführung. Im Fall von Rindfleisch importiert die Europäische Union heute über 200.000 Tonnen pro Jahr aus den Mercosur-Staaten. Das geplante präferenzielle Kontingent beträgt 99.000 Tonnen. Das bedeutet, dass der derzeitige Import bereits die Größe der neuen Zollpräferenz übersteigt. Der Unterschied besteht darin, dass ein Teil dieses Imports derzeit unter weniger vorhersehbaren tariflichen Bedingungen erfolgt, während das Abkommen klarere, geregelte Regeln einführt. Anders ausgedrückt: Mercosur „öffnet nicht das Tor“, sondern ordnet die Tür, die seit Langem angelehnt ist. Ähnlich verhält es sich beim Geflügel, wo der aktuelle Import nahezu 300.000 Tonnen erreicht, bei einem geplanten Kontingent von rund 180.000 Tonnen. Auch bei Honig, Reis oder Ethanol sprechen wir von Märkten, die bereits mit Beteiligung von Produkten aus Mercosur funktionieren. Es ist keine neue Realität, sondern es sind neue Rahmenbedingungen für bestehende Ströme. Diese Perspektive ist wichtig, weil sie zeigt, dass der EU-Markt, einschließlich des polnischen, die Präsenz dieser Produkte bereits getestet hat. Das bedeutet nicht, dass es keine Herausforderungen gibt, aber es rechtfertigt keineswegs die Erzählung von einer plötzlichen Destabilisierung. (...)

Woher kommen die Sorgen der Landwirte wirklich?

Wenn Mercosur kein systemisches Risiko mit sich bringt, warum sind die Ängste dann so stark? Die Antwort ist relativ einfach: Die Angst richtet sich nicht auf das Abkommen selbst, sondern auf die Erfahrungen der letzten Jahre. Landwirte sehen sich steigenden Produktionskosten, dem Druck der Handelsketten, Preisschwankungen und einer schwachen Verhandlungsposition gegenüber. In diesem Kontext wird jede externe Veränderung als potenzielle Verschlechterung der ohnehin schon schwierigen Situation wahrgenommen. Hinzu kommt die Erinnerung an Situationen, in denen Schutzmechanismen verzögert wirkten und staatliche Unterstützung erst nach der Eskalation einer Krise einsetzte. Mercosur erscheint am Ende einer langen Kette von Krisen, nach der Pandemie, dem Energieschock, dem Krieg in der Ukraine und regulatorischen Spannungen, und wird zum „letzten Tropfen“, nicht zur eigentlichen Ursache des Problems. Mercosur ist daher eher ein Symbol für Misstrauen gegenüber den Institutionen als eine reale Marktbedrohung. Angriffe auf das Mercosur-Abkommen können weiter gefasst als ein Wille verstanden werden, gerade die Europäische Union und ihre Institutionen anzugreifen. Eine geschwächte EU bedeutet Gewinne für externe Akteure, etwa die Vereinigten Staaten (einzelne EU-Staaten würden Schwierigkeiten haben, das Verhalten amerikanischer Tech-Giganten auf dem EU-Markt zu regulieren) oder Russland, das seit geraumer Zeit einen hybriden Krieg gegen die EU führt (die Union ist der Akteur, der wegen der Aggression gegen die Ukraine die meisten Sanktionen gegen Russland verhängt hat). Das Infragestellen des Mercosur-Abkommens ist also nur ein Element, mit dem die Einheit der EU untergraben und ihr Schwächung betrieben wird. Tatsächlich stärkt dieses Abkommen die Position der EU in der Welt, da es neue Allianzen und Absatzmärkte schafft, das wirtschaftliche Potenzial der Union stärkt und ihre strategische Autonomie erhöht.

Mercosur als Test für die Verantwortlichkeit der Institutionen

Das EU-Mercosur-Abkommen ist keine existenzielle Bedrohung für die polnische Landwirtschaft. Es ist jedoch ein Test für den Staat und die Europäische Union: Können sie die Handelspolitik auf eine vorhersehbare, transparente und gesellschaftlich verantwortliche Weise gestalten? Landwirte erwarten nicht, dass die Welt stillsteht. Sie erwarten, dass sie mit den Veränderungen nicht allein gelassen werden. Wenn dieses grundlegende Bedürfnis ignoriert wird, wird die Angst immer wieder zurückkehren, unabhängig davon, ob man es Mercosur, Ukraine oder irgendein anderes Handelsabkommen nennt. Das Abkommen mit Mercosur ist weder das erste noch das letzte seiner Art, das die EU abschließt. Derzeit hat die Union mehr als 40 verschiedene Abkommen (Partnerschafts-, Assoziierungs- und Freihandelsabkommen) mit über 70 Staaten geschlossen. Die EU muss eine langfristige Strategie zur Stärkung ihrer Präsenz in der Welt verfolgen, um neben den USA, China und Russland ein großer, bedeutender Akteur auf dem globalen Markt zu sein. Die Liberalisierung des Handels dauert an und schreitet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs konsequent voran (seit 1947, als die Staaten das erste GATT unterzeichneten). Sie wird im Rahmen der WTO betrieben; es sind natürliche Prozesse, die, wenn sie angemessen überwacht werden, allen Seiten Vorteile bringen. Mercosur ist daher weniger eine

Bedrohung als ein Spiegel. Er zeigt, wo die Fähigkeit des Staates endet, Veränderungen abzufedern, und wo politische Verantwortung beginnt.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/mercosur-bez-strachu-skad-naprawde-biora-sie-obawy-polskiej-wsi>

Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten vor dem EuGH. Das Europäische Parlament hat beschlossen, die Klage zu unterstützen



Quelle: [EUTERS/Yves Herman](#)

Von [Kasia Bielecka](#)

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch beschlossen, das EU-Mercosur-Handelsabkommen an den Gerichtshof der Europäischen Union zu verweisen, um seine Vereinbarkeit mit den EU-Verträgen prüfen zu lassen. Dadurch wird sich der Ratifikationsprozess um mehrere Monate verzögern.

Der Antrag auf Klage wurde mit einer knappen Mehrheit angenommen, 334 Abgeordnete stimmten dafür, 324 dagegen, 10 enthielten sich. Das bedeutet eine Verzögerung der Ratifizierung des Abkommens um mindestens mehrere Monate.

Die Abstimmung offenbarte eine tiefe Spaltung im Europaparlament. Der Unterschied von nur zehn Stimmen zeigte, dass der Streit um das Abkommen mit den Staaten Südamerikas nahezu alle politischen Fraktionen durchzieht.

Risse in allen Fraktionen

Die Weiterleitung der Angelegenheit an den EuGH wurde vor allem von Renew Europe, den Grünen/EFA und der Linken unterstützt, die dem Handelsabkommen grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, obwohl auch in ihren Reihen Ausnahmen von der Parteilinie zu finden waren.

Diesem Block schloss sich auch die rechtsextreme Fraktion „Patrioten für Europa“ an. Ihr Vorsitzender Jordan Bardella hatte zuvor angekündigt, dass die Gruppe die Initiative unterstützen werde, obwohl sie von

der Linken ausgegangen war. Das ist ein seltenes Beispiel für ein taktisches Bündnis der extremen Rechten mit dem progressiven Teil des Parlaments.

Gegen den Antrag stimmten die beiden größten politischen Gruppen: die Europäische Volkspartei (EVP) und die Sozialdemokraten und Demokraten (S&D), die das Abkommen als Projekt von strategischer wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung verteidigten. Auch bei ihnen kam es jedoch zu Rissen, ein Teil der Abgeordneten stimmte entgegen der Linie der Führung ihrer Fraktionen.

Die Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) erlaubten ihren Abgeordneten ein freies Votum. Die Spaltungen verliefen entlang nationaler Linien: polnische und französische Abgeordnete unterstützten die Weiterleitung an den EuGH, während Abgeordnete aus Italien, Tschechien, Belgien und den baltischen Staaten dagegen waren.

Mercosur-Abkommen. Polen von Anfang an dagegen

Polen war von Anfang an gegen das Abkommen und verwies dabei vor allem auf die Gefahren für die nationale Landwirtschaft. Die Regierung von Donald Tusk warnte, dass der verstärkte Import von billigem Rindfleisch, Geflügel und Sojabohnen aus Südamerika europäische Produzenten treffen werde, die deutlich strengere Umwelt- und Gesundheitsstandards erfüllen müssen. Auch Frankreich, Österreich, Irland und Ungarn äußerten ihren Widerstand gegen das Abkommen. Trotzdem stimmte Anfang Januar die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten seiner Unterzeichnung zu.

Mercosur-Abkommen – was sieht es vor?

Am 17. Januar hat die Europäische Union in Asunción, der Hauptstadt Paraguays, offiziell das Handelsabkommen mit den Mercosur-Ländern unterzeichnet: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Unterzeichnet wurde das Dokument unter anderem von der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, dem Präsidenten des Europäischen Rates António Costa sowie dem Handelskommissar Maroš Šefčovič.

Das Abkommen soll den Handel mit Industrie- und Agrarprodukten erleichtern, Zölle abschaffen und die Märkte für öffentliche Aufträge öffnen. Von der Leyen argumentierte, dass das Abkommen die größte Freihandelszone der Welt schaffe, die fast 20 Prozent des globalen BIP abdecke.

Nach Angaben der Europäischen Kommission könnte das Abkommen der europäischen Automobilindustrie einen Exportanstieg von bis zu 20 Milliarden Euro bringen, also um 200 Prozent. Die EU-Kommissionspräsidentin betonte zudem, dass das Dokument Schutzmechanismen für empfindliche Agrarsektoren enthält.

Warum wollen die Abgeordneten eine Kontrolle durch den EuGH?

Den Antrag auf Vorlage des Abkommens beim EuGH haben 150 Abgeordnete eingereicht, darunter auch zwei Abgeordnete der PSL, Krzysztof Hetman und Adam Jarubas. Die Urheber des Antrags nennen jedoch keinen konkreten Artikel der EU-Verträge, der verletzt worden sein soll. Es geht vielmehr um eine Widersprüchlichkeit der politischen Ziele der Union.

Einerseits erklärt die EU den Kampf gegen den Klimawandel und den Schutz der Umwelt. Andererseits könnte das Abkommen den Import landwirtschaftlicher Produkte aus Regionen erhöhen, in denen die Produktion mit der Abholzung des Amazonas verbunden ist. Kritiker fragen, wie der „Green Deal“ mit einem Abkommen vereinbar sein soll, das die Zerstörung tropischer Regenwälder antreiben könnte.

Ein zweites Problem sind ungleiche Wettbewerbsbedingungen. Europäische Landwirte müssen strenge Umwelt-, Gesundheits- und Veterinärstandards erfüllen, was die Produktionskosten erhöht. In den Mercosur-Ländern sind die Regelungen deutlich lockerer, und die Produkte sind billiger. Nach Ansicht der Gegner steht das im Widerspruch zum EU-Grundsatz des „fairen Wettbewerbs“.

Der dritte Aspekt betrifft das Verfahren. Einige Juristen sind der Ansicht, dass das Abkommen gemischt ist und daher auch von den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden müsste, nicht nur von den EU-Institutionen.

Bauern vor dem Sitz des Europäischen Parlaments: „Stoppt Mercosur“

Die Abstimmung fand im Schatten massiver Bauernproteste in Straßburg statt. Am Dienstag, einen Tag vor der Entscheidung der Abgeordneten, starteten mehrere Tausend Landwirte eine zweitägige Demonstration in der Nähe des Sitzes des Europäischen Parlaments. Unter den Protestierenden waren auch Polen. In der Umgebung des Gebäudes wurden mehrere Hundert Traktoren aufgestellt, und das Gelände wurde von der Polizei gesichert.

Auf den Transparenten standen Slogans wie: „Stop Mercosur“, „Das Mercosur-Abkommen ist für den Landwirt ein Strick“ sowie „Von-der-Leyen-Plan wird Europa verhungern lassen“. Die Demonstranten hupten mit ihren Traktoren, was auch innerhalb des Parlamentsgebäudes zu hören war. Der Protest wurde vom größten französischen Bauernverband FNSEA organisiert. Auch Landwirte aus Portugal, Belgien, Bulgarien, Tschechien, Deutschland und Griechenland nahmen teil.

Krzysztof Olejnik von der „Basisinitiative landesweiter Bauernproteste“ sagte der PAP in Straßburg, dass das EU-Mercosur-Abkommen „mit dem Ellenbogen durchgedrückt“ werde und katastrophale Folgen für die europäische Landwirtschaft haben werde, und dass „Ursula von der Leyen die Mutter dieser Katastrophe für die Landwirtschaft“ sei.

Europäische Kommission: Die Fragen des EP sind unbegründet

Die Europäische Kommission kritisierte die Entscheidung des Europaparlaments. Der Sprecher der Kommission, Olof Gill, erklärte, dass die im Antrag an den EuGH aufgeworfenen Fragen „unbegründet“ seien. „Die Kommission bedauert diese Entscheidung. Diese Fragen wurden bereits sehr eingehend mit den Abgeordneten erörtert. Das sind keine neuen Probleme, sie traten bereits früher auf, zum Beispiel beim Abkommen mit Chile“, sagte er.

Wie er hinzufügte, wird die Frage aufgrund der geopolitischen Bedeutung des Abkommens auf die Tagesordnung des außerordentlichen EU-Gipfels am Donnerstag in Brüssel kommen. Die Klage beim EuGH bedeutet jedoch, dass das Europäische Parlament bis zur Urteilsverkündung nicht über die Ratifizierung des Abkommens abstimmen kann. In der Zwischenzeit kann die Europäische Kommission jedoch entscheiden, das Abkommen vorübergehend anzuwenden, noch bevor es formell vom Europaparlament genehmigt wurde.

Diese Lösung stößt auf Widerstand bei den Gegnern des Abkommens, die befürchten, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen bereits eintreten, bevor der Gerichtshof die Vereinbarkeit des Dokuments mit dem EU-Recht bewertet hat.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.biz/biznes/7,177151,32544278,umowa-handlowa-z-krajami-mercotur-do-tsue-parlament-europejski.html#s=S.index-K.C-B.1-L.1.duzy>

Ein wichtiger Kohlekonzern steht vor dem Aus. Letzte Gespräche mit den Bergarbeitergewerkschaften laufen



Quelle: [Grzegorz Celejewski / Agencja Wyborcza](#)

Von **Marcel Wandas**

Jastrzębska Spółka Węglowa steht kurz vor dem Aus. Es handelt sich hierbei nicht um irgendein Bergwerk – das Unternehmen fördert Kokssteinkohle, die für den Stahlwerksbetrieb unerlässlich und als kritischer Rohstoff eingestuft ist. Derzeit laufen schwierige Verhandlungen über Einsparungen, darunter auch Lohnkürzungen.

Die Verhandlungen über die Zukunft der Jastrzębska Spółka Węglowa laufen. Für das Unternehmen, das vier Bergwerke und drei Kokereien betreibt und zu 55 % vom Staatshaushalt kontrolliert wird, geht es um alles oder nichts.

Die Regierung suchte nach einem cleveren Weg, JSW vor dem Konkurs zu retten – beispielsweise wurde eine Übernahme des Unternehmens durch die Polska Grupa Zbrojeniowa (Polnische Rüstungsgruppe) erwogen. Endlich stellte sich heraus, dass dies einen erheblichen Personalabbau im Unternehmen erfordert hätte. Die Bergarbeitergewerkschaften lehnten dies bisher kategorisch ab. Sie argumentierten, sie würden nicht für die Fehler des Managements und der Politiker aufkommen, die ihrer Ansicht nach für die schlechte Lage des Unternehmens verantwortlich seien.

Nach der ersten Verhandlungsrunde am Montag, dem 19. Januar 2026, soll schrittweise die Möglichkeit von Kürzungen zugelassen werden.

Wir werden alle unseren Beitrag leisten

Die prekäre Lage von JSW wurde bereits seit mehreren Monaten gemunkelt. Mitte Januar deutete Staatsminister Wojciech Balczun an, dass das Unternehmen kurz vor dem Konkurs stehe und die Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs jederzeit erschöpft sein könnte.

„Wir müssen eine Lösung finden, die die Liquidität sichert. Diese endet im Januar oder Februar. Für Verhandlungen bleiben noch wenige Wochen. Ein Konkurs ist der letzte Ausweg“, sagte Balczun gegenüber TOK FM.

In einem ähnlichen Tonfall äußerte er sich gegenüber Polsat News. „Der Kokskohlemarkt wurde mit ausländischen Rohstoffen überschwemmt, die Preise sind um Dutzende Prozent gefallen, und die Kosten in Polen sind gestiegen. Im Hinblick auf unsere eigenen Interessen und unsere Sicherheit glaube ich, dass das Unternehmen überleben sollte. Deshalb müssen wir alle gewissermaßen zu diesem Prozess der Unternehmensrettung beitragen“, argumentierte der Chef von MAP.

Die einzigen Minen dieser Art

Die staatliche Unterstützung der Bergbauindustrie mag umstritten sein, doch der Fall des in Jastrzębie ansässigen Konzerns ist einzigartig. JSW ist das einzige Unternehmen in der EU, das Kokskohle abbaut, die für die Stahlproduktion in Stahlwerken benötigt wird. Im Falle einer Insolvenz wäre das Unternehmen gezwungen, einen der wichtigsten Rohstoffe zu importieren, der auf der EU-Liste der für das Funktionieren der Wirtschaft kritischen Rohstoffe steht.

Politiker betonen die Bedeutung der Stahlproduktion für den Verteidigungssektor. Sie umfasst jedoch auch das Bauwesen, die Straßen- und Schieneninfrastruktur (einschließlich des Baus des zentralen polnischen Verkehrsknotenpunkts und der Hochgeschwindigkeitsstrecke) und überraschenderweise auch die Energiewende, einschließlich Komponenten für Windkraftanlagen. Obwohl die Stahlindustrie den Übergang zu grüner Energie anstrebt, basiert der Sektor weiterhin auf Kohle. Dies hat selbst Experten von Organisationen, die der Kohleindustrie skeptisch gegenüberstehen, dazu veranlasst, eine Rettung für JSW zu fordern.

„Selbst Windmühlen, eine Quelle erneuerbarer Energie, werden aus Stahl gebaut! Jede Tonne Kokskohle ergibt etwa 0,70 Tonnen Koks, woraus 1,6 bis 2,1 Tonnen Roheisen gewonnen werden können. Eine einzige Windmühle kann bis zu 400 Tonnen Stahl produzieren!“, argumentierte JSW in einer Pressemitteilung.

Weltweit sinkende Preise, hohe Löhne

Wie Balczun treffend bemerkte, konkurriert die Jastrzębska Spółka Węglowa auf dem Weltmarkt und ist von global bestimmten Preisen abhängig. Nach Russlands umfassendem Angriff auf die Ukraine und dem Stopp der russischen Importe durch die EU konnten die Bergwerke Gewinne erzielen. Eine Tonne Kohle erreichte 2022 einen Preis von 650 US-Dollar. Auch die Gehälter in den JSW-Bergwerken stiegen. „Von 2021 bis 2023 stiegen sie um über 60 Prozent“, erklärte der stellvertretende Staatsminister Robert Kropiwnicki gegenüber RMF FM.

Von diesem Preisanstieg ist jedoch nichts zu spüren. In den letzten anderthalb Jahren lag der Preis pro Tonne nur selten über 200 Dollar.

Die Preissenkungen werden durch den starken Wettbewerb auf dem asiatischen Markt befeuert, der weiterhin große Mengen des Rohstoffs aufnimmt – anders als in der EU, wo die Nachfrage rückläufig ist. Der EU-Bedarf liegt bei rund 40 Millionen Tonnen pro Jahr, wobei der Großteil davon importierte Kokskohle ist. Die Eigenproduktion des Unternehmens – 12 bis 13 Millionen Tonnen pro Jahr – stammt ausschließlich aus der von JSW geförderten Kohle.

JSW-Kosten steigen

Die Preise pro Tonne Kokskohle sind stark gefallen. Die Löhne der Bergleute bleiben jedoch hoch. Die Zeitung „Rzeczpospolita“ berichtete Mitte Januar, dass die Löhne etwa die Hälfte der Betriebskosten von

JSW ausmachen. Der jährliche Lohnfonds für 2021–2023 stieg von 4,6 Milliarden PLN auf 7,4 Milliarden PLN.

Die Abbaukosten sind ebenfalls gestiegen. Im Jahr 2024 erreichten sie 804 PLN pro Tonne, verglichen mit 701 PLN pro Tonne im Jahr 2022, sagte Bogusław Oleksy, amtierender CEO von JSW ab Oktober 2025.

„Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Vergangenheit auch dann die Arbeitskosten stiegen, wenn die Kohle- und Kokspreise auf den Weltmärkten zu fallen begannen“, erklärte er gegenüber „Dziennik Zachodni“.

Bergleute wollen nicht für „die Fehler anderer Leute“ verantwortlich gemacht werden

Die Unternehmensleitung und die Vertreter der Gewerkschaft MAP machten deutlich: Entweder wir senken die Gehälter, oder JSW geht bankrott. Laut Unternehmensleitung könnten durch die Gehaltskürzungen jährlich 1,7 Milliarden PLN eingespart werden. Dieser Vorschlag stieß – wenig überraschend – auf Widerstand von 84 Gewerkschaftsorganisationen innerhalb von JSW.

Aktivisten werfen den Behörden vor, die Krise verschärft zu haben, unter anderem durch Produktionskürzungen (um über 9 % im Jahr 2024). Gewerkschafter behaupten, dem vorherigen Management habe das Verständnis für die Bergbaubranche gefehlt. Die Regierung von Donald Tusk wollte das Unternehmen „entpolitisieren“ und unabhängige Experten in den Vorstand berufen. Endlich übernahmen jedoch Manager ohne Branchenerfahrung und mit bestenfalls mäßigen Geschäftserfolgen das Ruder, wie die „Rzeczpospolita“ berichtete. Im Oktober 2025 wechselte die Unternehmensführung.

Die Bergleute argumentierten, sie sollten nicht für die Fehler der vorherigen Geschäftsführung büßen. Andererseits seien die Unternehmensgewinne nicht zu ignorieren, bei denen Nettogewinne von mehreren Tausend Złoty üblich seien. Hinzu kämen Boni, eine Prämie zum St.-Barbara-Tag sowie das 13. und 14. Monatsgehalt.

Ende November entbrannte unter den Mitarbeitern ein Aufschrei über die 70-prozentige Kürzung der „Barbórka“-Zulage (in der Regel ein Monatsgehalt). Weitere Kürzungen seien jedoch unvermeidlich, erklärten Vorstand und Regierungsvertreter. Laut dem Ministerium für Vermögen und Energie könnte eine Angleichung der Gehälter an die der Polska Grupa Górnicza (Polnische Bergbaugruppe), wo das Durchschnittsgehalt bei rund 12.000 PLN liegt, die Situation stabilisieren. Im Jahr 2023 lag das durchschnittliche Bruttogehalt bei JSW weiterhin über 17.000 PLN.

Gibt es noch Hoffnung für den Kohlegiganten?

„Wir sind an einen Punkt gelangt, an dem wir die Anwendung der bestehenden, mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge über die Arbeitsbedingungen aussetzen müssen, da diese Verträge nicht marktgerecht sind. Dies bedeutet eine teilweise Aussetzung, zumindest bis 2027, was dem Unternehmen das Überleben sichern wird“, erklärte Wojciech Wrona, stellvertretender Minister für Staatsvermögen und Verhandlungspartner, gegenüber RMF FM.

„Der Lohnanstieg bei JSW im Berichtszeitraum entsprach dem allgemeinen Trend des Lohnwachstums im Unternehmenssektor. Das bedeutet, dass die Bergarbeiter im Vergleich zu den Beschäftigten anderer großer Unternehmen in Polen im gleichen Zeitraum weder relative Lohnzuwächse noch -verluste verzeichneten“, entgegnete die Bergarbeitergewerkschaft „Solidarität“.

Die Lage ist schwierig, doch einige Experten sehen Hoffnung. Die Kohlepreise von JSW hängen unter anderem von den Kosten in Australien ab. Aufgrund des tropischen Wirbelsturms Koji ist der Kohleexport nach Australien erschwert, weshalb die Weltmarktpreise auf rund 250 US-Dollar pro Tonne gestiegen sind. Bei einem Kohleabsatz zu diesem Preis könnte JSW laut Schätzungen von Jakub Szkopek, Analyst bei Erste Securities, ein jährliches EBITDA (Betriebsergebnis vor Steuern) von 100 Millionen PLN erzielen.

„Im Fall von JSW würde sich dies in etwa zwei Monaten zeigen, da das Unternehmen mit einer gewissen Verzögerung auf Änderungen der australischen Kohlepreise reagiert. Sollte JSW Gewinne erzielen, könnte

sich das Management in einigen Monaten mit Vertretern der Sozialversicherung zusammensetzen, um über eine Lockerung des Sparprogramms zu beraten“, erklärte der Experte gegenüber dem WNP-Portal.

Es gab „inhaltliche“ Gespräche, aber wir warten noch auf konkrete Details.

Der erste Verhandlungstag brachte keine Lösung der Krise, obwohl beide Seiten erklärten, die Gespräche sollten „schwierig, aber konstruktiv“ sein.

„Die Gewerkschaft legte ihren Standpunkt dar und betonte die Notwendigkeit, Arbeitsplätze, stabile Beschäftigungsbedingungen und die soziale Sicherheit der Beschäftigten der JSW-Gruppe zu schützen. Die Gewerkschaft machte deutlich, dass alle Lösungen die Interessen der Belegschaft berücksichtigen und der Zukunft des Unternehmens dienen müssen“, so die Gewerkschaft.

„Die Teilnehmer betonten einstimmig, dass das übergeordnete Ziel die Zukunft von JSW SA und die Sicherstellung der Voraussetzungen für den weiteren Betrieb und die Entwicklung des Konzerns bleibt“, erklärten die Unternehmensvertreter.

Am Mittwoch, dem 21. Januar, finden Gespräche zwischen Vertretern der Belegschaft und des Vorstands in Arbeitsgruppen statt, und eine weitere Gesprächsrunde mit dem stellvertretenden Vermögensminister Grzegorz Wrona ist für Freitag, den 23. Januar, geplant.

Das Ende der Realitätsverweigerung?

„Die Probleme von JSW verdeutlichen die aktuellen Herausforderungen der Bergbauindustrie“, erklärte Katarzyna Leško, Expertin der Frank Bold Foundation, gegenüber OKO.press. Bergwerke funktionieren nicht isoliert, und die Mitarbeiter von Jastrzębska Spółka Węglowa erleben dies derzeit hautnah.

„Die Kosten des Kohleabbaus in Polen steigen ständig, daher sollten sich die Aktivitäten der Bergbauunternehmen darauf konzentrieren, den Transformationsprozess so fair wie möglich zu gestalten und dabei die Interessen Tausender Beschäftigter in diesem Sektor zu berücksichtigen, aber auch die Interessen der lokalen Gemeinschaften und den Umweltschutz zu respektieren“, erklärt Leško.

„Wir können auch mit einer kühlen, ja sogar feindseligen Haltung gegenüber der Idee der Transformation und dem Ausstieg aus der Kohle rechnen. Und das ist kaum verwunderlich“, räumt Leško ein.

„Die Verantwortlichen tragen die Verantwortung für diesen Zustand; anstatt wirklich zu handeln, betreiben sie Politik. Das betrifft nationale Regierungen, Unternehmensleitungen und Gewerkschaften. Entscheidungsträger zeigen selten die nötige Bereitschaft, um konkrete Programme zur Unterstützung des Energiewandels und des Kohleausstiegs vorzulegen“, so der Experte. „Darüber hinaus scheint die Führung einiger großer Gewerkschaften weiterhin der Überzeugung zu sein, der Energiewandel sei eine westliche Erfindung, und wir könnten, wenn wir nur noch etwas länger warten, einfach so weitermachen wie bisher. Das ist jedoch keineswegs im Interesse der Arbeitnehmer.“

Zsfg.: JP

<https://oko.press/kluczowa-spolka-weglowa-tonie-trwaja-rozmowy-ostatniej-szansy-z-gorniczymi-zwiazkami>

Marcin Matczak: Von der Ukraine unterscheidet uns etwas Wichtigeres als die geopolitische Lage und die militärische Stärke



Quelle: [Sławomir Kamiński / Agencja Wyborcza](#)

Von **Marcin Matczak**, Spezialist für Rechtstheorie und Rechtsphilosophie, Professor an der Fakultät für Recht und Verwaltung der Universität Warschau.

Die These der heutigen Kolumne ist einfach und brutal: In Polen gibt es Politiker, die seit Jahren das internationale Recht attackieren und Donald Trump bejubeln, einen Politiker, der den Sinn dieses Rechts systematisch untergräbt. Diese Politiker handeln gegen die Interessen Polens.

Auf die Frage, wo Polen liege, würden diese Politiker vermutlich antworten wie in dem von Andrzej Duda bemühten Witz: „Polen liegt nicht, Polen steht stolz.“ Und dieser Stolz raubt ihnen womöglich den Verstand. Polen ist kein Imperium, sondern ein mittlerer Staat, historisch dem Druck Stärkerer ausgesetzt. Und das internationale Recht ist gerade deshalb entstanden, um solche Staaten zu schützen. Jeder, der dieses Recht infrage stellt, ermutigt unsere Feinde, darunter Russland.

Trump sagt es ganz offen: Verträge sind nur so viel wert, wie sie im jeweiligen Moment Nutzen bringen, Bündnisse sind ein Instrument des Drucks, keine Begrenzung von Macht, und das Recht ist eine Dekoration, die man jederzeit austauschen kann. Das ist nicht nur die Exzentrik eines einzelnen Politikers, sondern auch die Rückkehr in eine Welt, in der einzig zählt, was sich erzwingen lässt. Genau diese Welt

halten polnische Trumpisten für „realistisch“, obwohl sie selbst nichts erzwingen können, sondern nur bitten.

Das Völkerrecht entstand als Antwort auf einen solchen „Realismus“. Es war keine Laune von Idealisten, sondern der Versuch, Gewalt in einer Welt ohne einen einzigen Souverän zu begrenzen. Der Ausgangspunkt war einfach: Die Beziehungen zwischen Staaten ähneln dem Zustand der Natur, ohne Schiedsrichter, ein permanentes Kriegsrisiko, das Recht des Stärkeren. Die Antwort darauf sollte ein Recht sein, das den Konflikt nicht abschafft, ihn aber zivilisiert: Es zieht Grenzen für den Krieg, trennt Macht von Willkür und verwandelt Brutalität in ein Handeln, das Regeln unterliegt.

Zentral war dabei der Gedanke von Hugo Grotius: Auch der Starke unterliegt Normen. Daraus wuchsen die Idee der moralischen Verantwortung von Staaten sowie das nach dem Westfälischen Frieden geformte Prinzip der formalen Gleichheit der Souveräne. Nicht weil Staaten tatsächlich gleich wären, sondern weil die Schwächeren ohne diese Fiktion keinerlei Schutz hätten.

Das Völkerrecht war also von Anfang an ein antiimperiales Projekt, getragen von der Überzeugung, dass sich rohe Gewalt durch Normen und Dominanz durch Prinzipien ersetzen lässt, denn ohne sie fällt die internationale Politik in einen amoralischen Dschungel zurück.

Heute jedoch wird das internationale Recht zur Sprache der Rechtfertigung bereits getroffener Entscheidungen; Normen dienen der Legitimierung von Macht, nicht ihrer Begrenzung, und Verstöße werden mit „Ausnahmen“ erklärt: mit „besonderen Kontexten“ und „Sicherheit“. Heute verletzen die Starken die Normen ohne reale Konsequenzen, während die Schwachen die Kosten sofort und schmerzhaft tragen.

Putin merkt sich die Lektion

Das Problem sind jedoch nicht nur die Mächtigen, sondern auch diejenigen, die deren Logik in schwächeren Staaten attraktiv finden. Wenn die polnische Rechte das EU-Recht infrage stellt, Urteile des EGMR ignoriert oder vertragliche Verpflichtungen untergräbt, tut sie genau dasselbe wie Trump auf globaler Bühne, nur in kleinerem Maßstab. Sie lehrt die Welt, dass Recht wahlweise gilt. Und die Welt merkt sich diese Lektion. Ganz besonders Putin. Wenn der Westen selbst sagt, Normen seien verhandelbar, warum sollten sie dann für Russland gelten? Wenn man in Polen hört: „Wir erkennen internationales Recht nicht an, wenn uns seine Folgen nicht gefallen“, warum sollte Russland dann irgendeine Norm anerkennen, die Grenzen, Aggression oder die Verantwortung für Verbrechen regelt?

Jede Schwächung des internationalen Rechts trifft uns doppelt. Erstens objektiv: Sie reduziert die Anzahl der Barrieren, die die Aggression der Stärkeren stoppen. Zweitens symbolisch: Sie sendet das Signal, dass Regeln optional sind und Macht wichtiger ist als Verträge.

Genau dieses Signal versteht Moskau. Nicht zufällig behauptet die russische Propaganda seit Jahren, das internationale Recht sei eine Fiktion des Westens. Wenn wir in Polen Begeisterung über Trump hören und seinen Stil „Ultimatum, Erpressung, Annexion“, dann sollten wir uns fragen: Glauben wir wirklich, dass Polen in einer Welt ohne Regeln Nutznießer sein wird, und nicht Opfer?

Die Stärke Polens als mittelgroßer Staat, der kein Imperium ist, beruhte immer auf Regeln, Allianzen und Institutionen, von der UNO über die NATO bis zur EU. All diese werden von Trump angegriffen. Und unsere Politiker tragen dazu bei, etwa durch Angriffe auf die EU oder internationale Konventionen.

Ist jemandem, der nicht versteht, dass die EU für Polen ein System kollektiver rechtlicher und politischer Absicherung ist, wirklich unsere Souveränität ein Herzensanliegen? Oder unterstützt er einfach blind alles, was der amerikanische Freund sagt? Und was, wenn er nicht immer unser Freund sein wird?

Polen wäre doch ohne die Unterstützung des internationalen Rechts im Moment einer Krise in derselben Lage wie die Ukraine. Weder unterscheidet uns die geopolitische Position noch die militärische Stärke. Uns unterscheidet allein die Stärke der internationalen Organisationen, denen wir angehören, und denen die Ukraine nicht angehört.

Bringt uns also die Strategie, mit der Politiker der polnischen Rechten internationales Recht angreifen und Trump unterstützen, nicht schlicht in eine Lage, in der wir den Launen eines einzelnen Menschen ausgeliefert sind? Zumal eines Menschen, der instabil wirkt, wie sich daran zeigt, dass er im nächsten Moment für seinen „Schutz“ nicht nur Rechte an unserer Lebensmittelproduktion und unseren begrenzten natürlichen Ressourcen verlangen könnte, sondern auch, hübsch verpackt in einem devoten Karton, polnische Nobelpreise.

Was würde ihm dann die Rechte anbieten, die seit Jahren an dem Ast sägt, auf dem wir alle sitzen, an den gemeinsamen, internationalen Werten? Miłosz scheidet aus: zu viel Metaphysik, zu wenig Fahnen. Szymborska ebenfalls, Ironie ist verdächtig. Tokarczuk? Selbst nach gründlicher Desinfektion von Empathie und Migration immer noch zu universell. Es bleibt Skłodowska-Curie, am besten in einer vereinfachten Version: ohne Frankreich und Feminismus, einfach als „die Tante mit der Energie“. Über Wałęsa braucht man mit der Rechten gar nicht erst zu reden; außerdem würde er sich dazu nicht herablassen. Am geeignetsten ist Sienkiewicz, der Verkünder des polnischen Weges in die Niederlage.

Man kann den Liberalismus ablehnen und über Joe Biden spotten. Doch das Aufsprengen des internationalen Rechts ist eine Stimmabgabe für eine Welt, in der der Stärkere den Schwächeren berauben, verprügeln und erniedrigen darf. Und in den für uns wichtigsten Beziehungen sind wir nicht die Stärkeren, sondern die Schwächeren. Deshalb ist die nun seit einem Jahrzehnt andauernde Begeisterung rechter Politiker für Trump für Staaten wie Polen eine strategische Selbstverstümmelung, die schon bald zu ernsthaften Blutungen führen kann. eigenen Vorschlag vorstellen werde, der eine Einfrierung der Strompreise ermöglichen soll.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,32541199,marcin-matczak-dla-panstw-jak-polska-zachwyt-nad-trumpem-to.html#s=S.index-K.C-B.1-L.15.duzy>

Polen wird neue Bündnisse schmieden. „Es wird eine NATO innerhalb der NATO geschaffen, nur für alle Fälle.“



Quelle: Ludovic Marin/AFP/East News

Von **Bartosz T. Wieliński**

Der Konflikt zwischen den USA und Europa um Grönland könnte die NATO sprengen. Daher wird Polen in diesem Jahr zwei weitere gemeinsame Verteidigungspakte unterzeichnen.

Europäische Diplomaten, die von „Wyborcza“ interviewt wurden, behaupten, dass das neue Netzwerk von Allianzen, das in Europa geschmiedet wird, keine Lösung für schlechte Zeiten darstellt, falls die Nordatlantische Allianz aufgrund der imperialen Ambitionen von Präsident Donald Trump auseinanderfallen oder ihre Funktionsfähigkeit einstellen sollte.

„Auf diese Weise stärken wir die NATO von innen heraus und übernehmen mehr Verantwortung für die Sicherheit in Europa. Genau das erwartet Präsident Donald Trump von uns“, so unsere Gesprächspartner.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass Trumps Machtübernahme in den Vereinigten Staaten und eine Reihe von Ankündigungen zur Begrenzung des amerikanischen Engagements in der NATO die Arbeiten am polnisch-französischen Vertrag über verstärkte Zusammenarbeit und Freundschaft, der im vergangenen Juni unterzeichnet wurde, beschleunigt haben. Angesichts der eskalierenden Kontroverse um Grönland, das Trump trotz europäischer Proteste annektieren will, wächst in Europa die Überzeugung, dass man sich nicht mehr uneingeschränkt auf Amerika verlassen kann.

Polen wird weitere kollektive Verteidigungsverträge unterzeichnen

Höchstwahrscheinlich wird – wie „Wyborcza“ aus Regierungskreisen erfahren hat – bereits im Februar ein Vertrag, ähnlich dem polnisch-französischen, unterzeichnet, der Polen und Großbritannien verbindet. Im Juni, zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über die Gute Nachbarschaft mit dem wiedervereinigten Deutschland, werden Premierminister Donald Tusk und Bundeskanzler Friedrich Merz einen neuen Vertrag unterzeichnen. Möglicherweise folgt im Anschluss ein ähnlicher polnisch-spanischer Vertrag.

Diese Dokumente haben eines gemeinsam: Die Abkommen zwischen Warschau, Paris, London, Berlin und möglicherweise Madrid kündigen nicht nur eine noch engere Zusammenarbeit an, sondern enthalten auch Bestimmungen zur gemeinsamen Verteidigung. Der polnisch-französische Vertrag besagt, dass „die Vertragsparteien im Falle eines bewaffneten Angriffs auf ihr Hoheitsgebiet einander Hilfe leisten, auch mit militärischen Mitteln. Diese Hilfe und Unterstützung erfolgt gemäß den Verpflichtungen aus Artikel 5 des Nordatlantikvertrags und Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die Europäische Union.“

Die zitierten Artikel der NATO- und EU-Verträge besagen, dass ein Angriff auf ein Mitglied der Organisation ein Angriff auf alle Mitglieder ist und dem Opfer des Angriffs Hilfe geleistet wird.

Französisch-britischer nuklearer Schirm

Im Falle der Abkommen mit Frankreich und Großbritannien besitzen diese Verpflichtungen eine besondere Dimension. Beide Länder verfügen über Atomwaffen mit insgesamt über 400 Sprengköpfen, die von U-Booten und – im Falle Frankreichs – von Flugzeugen aus eingesetzt werden können. Dies entspricht einem Zehntel des US-amerikanischen Atomwaffenarsenals, doch – nach Berechnungen des Kalten Krieges – reicht diese Anzahl an Sprengköpfen aus, um Russland wirksam abzuschrecken, da sie das Land zerstören könnte. Sollte die NATO nach Inkrafttreten der Verträge ihre Operationen einstellen, bliebe Polen unter dem französisch-britischen nuklearen Schutzschirm.

Der neue deutsch-polnische Vertrag zielt – über Verteidigungsfragen hinaus – darauf ab, die Zusammenarbeit der Rüstungsindustrien zu stärken und dauerhafte Verbindungen zwischen ihnen zu knüpfen. Ziel ist es nicht nur, die früheren Kapazitäten der polnischen Industrie wiederherzustellen, sondern auch Spitzentechnologien in den Bereichen Luftverteidigung, Raketenwaffen und Drohnen zu entwickeln.

Polen hinkt seinen westlichen Partnern in der Produktion schwerer Kampfausrüstung hinterher. Bei Drohnen- und Flugabwehrtechnologie ist es jedoch führend. Ferner wird in Deutschland diskutiert, nachdem Bundeskanzler Merz angedeutet hat, dass Berlin zwar keine Bundeswehreinheiten als Teil eines Friedenskongingents in die Ukraine entsenden werde (sollte Russland einem gerechten Frieden zustimmen), diese aber in der Nähe des Landes stationiert werden könnten, um im Falle eines russischen Angriffs schnell eingreifen zu können. Polen erscheint als einzig sinnvoller Standort für eine deutsche Truppenstationierung. Dies würde auch unsere Sicherheit erhöhen.

Die von Polen mit wichtigen europäischen Ländern geschlossenen Verträge ergänzen jene, die Frankreich und das Vereinigte Königreich mit anderen Ländern geschlossen haben. „So entsteht eine NATO innerhalb der NATO. Sicher ist sicher“, erklärt uns ein europäischer Diplomat.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32536062,polska-zawrze-nowe-sojusze-powstaje-nato-w-nato-na-wszelki.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.1.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [DIE ZEIT](#), [dpa](#), [Reuters](#), [AFP](#)

„Appeasement ist immer ein Zeichen von Schwäche. Europa kann es sich nicht leisten, schwach zu sein – weder gegenüber Feinden noch gegenüber Verbündeten.

Appeasement führt zu keinen Ergebnissen, nur zu Demütigung.“

Donald Tusk

Quelle: <https://tvn24.pl/polska/donald-tusk-europa-nie-moze-sobie-pozwolic-na-slabosc-ani-wobec-wrogow-ani-sojusznikow-st8859353>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

deutschlandfunk.de

Wie hat sich der öffentliche Rundfunk nach PiS gewandelt?

<https://www.deutschlandfunk.de/polen-wie-hat-sich-der-oeffentliche-rundfunk-nach-pis-gewandelt-100.html>

handelsblatt.com

Friedenspreis Dresden an polnische Frauenrechtsaktivistin

<https://www.handelsblatt.com/dpa/auszeichnung-friedenspreis-dresden-an-polnische-frauenrechtsaktivistin/100193236.html>

schwaebische.de

„Nicht mehr ausgeschlossen“: Regierungen bereiten auf möglichen Krieg vor

<https://www.schwaebische.de/panorama/nicht-mehr-ausgeschlossen-regierungen-bereiten-auf-moeglichen-krieg-vor-4280262>

euronews.com

550 Tonnen: Polen besitzt mehr Gold als die Europäische Zentralbank

<https://de.euronews.com/2026/01/19/550-tonnen-polen-gold-europaische-zentralbank>

wochenblatt.pl

Warum es zu keinem polnisch-deutschen „Neuanfang“ kam und was nun zu tun ist

<https://wochenblatt.pl/warum-es-zu-keinem-polnisch-deutschen-neuanfang-kam-und-was-nun-zu-tun-ist/>

taz.de

Polnische Spenden für Ukraine – Generatoren für Kyjiw

<https://taz.de/Polnische-Spenden-fuer-Ukraine/!6147394/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Malgorzata Nierhaus